

## PRESSE-INFORMATION

7. Februar 2012

### Wirtschaft in Baden-Württemberg fordert Nachbesserungen bei Basel III

1 Die baden-württembergische Wirtschaft macht sich große Sorgen um ihre  
2 künftige Finanzierung. „Basel III gefährdet in seiner derzeitigen Ausgestal-  
3 tung Wirtschaft und Wachstum in Baden-Württemberg“, heißt es in einer  
4 gemeinsamen Resolution, die der Baden-Württembergische Handwerkstag,  
5 der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag, der Spar-  
6 kassenverband Baden-Württemberg und der Baden-Württembergische Ge-  
7 nossenschaftsverband jetzt vorgelegt haben. Handwerkstag sowie Industrie-  
8 und Handelskammertag vertreten die Interessen von 400.000 kleinen und  
9 mittleren Unternehmen (KMU) im Land, während die 230 Volksbanken Raiff-  
10 eisenbanken sowie 53 Sparkassen in Baden-Württemberg zusammen für  
11 rund drei Viertel aller Unternehmenskredite im Land stehen.

12  
13 Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der vier großen Wirtschaftsorgani-  
14 sationen im Land am Dienstag (7. Februar) in Stuttgart wurde die tragende  
15 Rolle der mittelständischen Wirtschaft für Baden-Württemberg herausge-  
16 stellt. So heißt es in dem Papier: „Die kleinen und mittleren Unternehmen  
17 haben mit ihrer Wettbewerbsstärke und durch eine ausreichende Kreditfinan-  
18 zierung dafür gesorgt, dass Baden-Württemberg sich rasch vom tiefsten  
19 Wirtschaftseinbruch in der Nachkriegszeit erholte und heute zu den wach-  
20 tumstärksten Regionen Europas zählt.“ Dabei sei der Mittelstand besonders  
21 auf eine ausreichende und verlässliche Kreditversorgung angewiesen, da  
22 KMUs nicht auf den Kapitalmarkt ausweichen können. Basel III gefährde jetzt  
23 die ausreichende und langfristige Kreditversorgung dieser Unternehmen,  
24 obwohl die klassische Unternehmensfinanzierung weder Ursache der Fi-  
25 nanzkrise gewesen ist, noch diese verstärkt hat.

26  
27 Die vier großen Wirtschaftsorganisationen im Land fordern deshalb Nach-  
28 besserungen an Basel III, die den mittelständischen Strukturen im Land ge-  
29 recht werden. Um diese sechs Punkte geht es:

- 30
- 31 ▪ Für KMU-Kredite darf die Eigenkapitalunterlegung gegenüber Basel II  
32 nicht ansteigen. Die Risikogewichte für KMU-Kredite müssen entspre-  
33 chend gesenkt und an das tatsächliche Risiko angepasst werden.
  - 34 ▪ Die Möglichkeiten der Kreditinstitute, langfristige Kredite mit festge-  
35 schriebenem Zins an Unternehmen zu vergeben, darf nicht beeinträchtigt

36 werden. Sonst würden die Zinsänderungsrisiken auf die Unternehmen  
 37 abgewälzt und die stabile langfristige Finanzierungskultur in Deutschland  
 38 beschädigt werden.

- 39 ▪ Die Vorsorgereserven der Banken (§ 340f HGB) müssen wie bisher als  
 40 Eigenkapital für die Kreditvergabe berücksichtigt werden, da sie unver-  
 41 ändert vollständig als Risikopuffer zur Verfügung stehen.
- 42 ▪ Die Liquiditätsspielräume der Banken als wesentliche Grundlage für die  
 43 Kreditfinanzierung des Mittelstandes dürfen nicht durch eine Privilegie-  
 44 rung von Staatsanleihen beim sogenannten Liquiditätspuffer (LCR) unnötig  
 45 eingeschränkt werden.
- 46 ▪ Die Regelung zum Eigenkapital-Abzug für Beteiligungen an Verbundunter-  
 47 nehmen muss so gestaltet werden, dass es nicht zu einer Einengung  
 48 der Kreditvergabemöglichkeiten durch Sparkassen und Genossen-  
 49 schaftsbanken kommt.
- 50 ▪ Die weitreichenden Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht EBA  
 51 müssen beschränkt werden, da einseitig auf internationale Finanzkon-  
 52 zerne zugeschnittene Aufsichtsregeln zu einer Zentralisierung führen, die  
 53 der Stabilität des Finanzsystems abträglich ist.

54  
 55  
 56 **BWHT-Hauptgeschäftsführer Oskar Vogel** hält sowohl die Höhe der ange-  
 57 setzten Risikogewichte als auch die strengeren Liquiditätsanforderungen für  
 58 kritische Punkte. Er befürchtet, dass sich im Zuge der neuen Vorgaben ein  
 59 typischer Mittelstandskredit um etwa 40 Basispunkte verteuern werde. Von  
 60 den Finanzierungsmöglichkeiten aber hänge ab, ob die Betriebe Wachs-  
 61 tumschancen wahrnehmen können: „Jede weitere Erschwernis wird deren  
 62 Stabilität und Wachstum gefährden. Damit würde das eigentliche Ziel der  
 63 Regulierung konterkariert, Anreize für ein nachhaltiges Bankgeschäft zu set-  
 64 zen und die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken.“ Es sei richtig, die Ban-  
 65 ken krisenfester zu machen. Es sei aber falsch, diejenigen in Mithaftung zu  
 66 nehmen, die die Probleme nicht verursacht hätten: „Kleine und mittlere Be-  
 67 triebe und die Haupt-Kreditgeber des Handwerks, die Sparkassen, Volks-  
 68 und Raiffeisenbanken.“

69  
 70 Die baden-württembergische IHK-Organisation erkennt an, dass die Basel-  
 71 III-Beschlüsse ein zentraler Baustein einer neu regulierten Finanzmarktord-  
 72 nung sind, so **BWIIHK-Präsident Dr. Peter Kulitz**. Als bedenklich gilt aus  
 73 Sicht der Wirtschaft aber, dass sich diese Regelungen, bedingt durch viele  
 74 Restriktionen für die Kreditvergabe, deutlich negativ auf die Unternehmensfi-  
 75 nanzierung besonders auch des Mittelstandes in Baden-Württemberg aus-  
 76 wirken werden. Damit das nicht passiert, fordert der BWIIHK notwendige  
 77 Nachbesserungen. Besonders muss die langfristige Unternehmensfinanze-

78 rung in jedem Fall bestehen bleiben, weil sich die Langfristkultur in Deutsch-  
 79 land bewährt hat – gerade in Krisenzeiten. Auch dürfen sich KMU-Kredite  
 80 nicht allein aufgrund der Umsetzung von Basel III verteuern. Das macht eine  
 81 Absenkung der Risikogewichtung bei der Kreditvergabe an kleine und middle-  
 82 re Unternehmen notwendig. Der unter Basel II erzielte Mittelstandskompro-  
 83 miss muss deutlich erweitert werden. Es gilt grundsätzlich, das Zusammen-  
 84 spiel der neuen Finanzmarktordnung sorgfältig so zu koordinieren, dass alle  
 85 Maßnahmen mit Blick auf die Praxis geprüft und entsprechend angepasst  
 86 werden. Weiter muss die Umsetzung von Basel III an allen wichtigen Fi-  
 87 nanzmärkten weltweit zur gleichen Zeit erfolgen. „Es ist essenziell, dass auf  
 88 EU-Ebene eine differenziertere Umsetzung erfolgt, die den spezifischen  
 89 Strukturen der kreditnehmenden wie der kreditgebenden Wirtschaft ange-  
 90 messen Rechnung trägt. Deshalb ist die Umsetzung von Basel III als Richtli-  
 91 nie, nicht als Verordnung, entscheidend“, fordert Dr. Peter Kulitz für die ba-  
 92 den-württembergische Wirtschaft.

93  
 94 **Präsident Gerhard Roßwog** vom Baden-Württembergischen Genossen-  
 95 schäftsverband betonte, den Besonderheiten des deutschen dreigliedrigen  
 96 Bankensystems und der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur müs-  
 97 se auch in der Bankenaufsicht angemessen Rechnung getragen werden.  
 98 „Deshalb fordern wir eine Beschränkung der weitreichenden Befugnisse der  
 99 europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA, soweit die Belange regional  
 100 tätiger Kreditinstitute betroffen sind. Die Aufsichtsregeln müssen auch für  
 101 kleine Banken handhabbar gehalten werden. Hierzu ist ein nationaler Umset-  
 102 zungs- und Anpassungsspielraum dringend notwendig.“ Mit der EBA entferne  
 103 sich die Bankenaufsicht vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der den  
 104 Regionalbanken schon mit der 2. Säule von Basel II versprochen worden sei.

105  
 106 **Sparkassenpräsident Peter Schneider** erläuterte die Position der öffentlich-  
 107 rechtlichen Kreditinstitute: „Die Sparkassen wollen auch weiterhin ihren öf-  
 108 fentlichen Auftrag erfüllen, den Mittelstand in Baden-Württemberg mit lang-  
 109 fristigen Krediten zu versorgen. Dafür muss uns aber der Gesetzgeber die  
 110 richtigen Rahmenbedingungen bereitstellen. Basel III, so wie es jetzt umge-  
 111 setzt werden soll, würde den Spielraum für die Kreditvergabe erheblich ein-  
 112 engen und die Kredite auf jeden Fall teurer machen. Beides kann nicht ge-  
 113 wollt sein. Der Entwurf bevorzugt ganz klar Staatsanleihen gegenüber den  
 114 Mittelstandskrediten, die mit deutlich mehr Eigenkapital unterlegt werden  
 115 müssten. Wichtig ist auch unsere Forderung, dass insbesondere die Finanz-  
 116 verbünde der Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht durch einen  
 117 Eigenkapitalabzug für ihre Verbundbeteiligungen benachteiligt werden. Damit  
 118 würden die Möglichkeiten, Kredite zu vergeben, dramatisch verringert wer-  
 119 den.“

120

**Ihre Ansprechpartner:**

Eva Hauser, BWHT  
Baden-Württembergischer Handwerkstag  
Heilbronner Str. 43, 70191 Stuttgart  
Fon 0711 26 37 09-105 Fax 0711 263 70 92 05  
E-Mail: ehauser@handwerk-bw.de

Stephan Schorn, SVBW  
Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart  
Fon 0711 127-77 390 Fax 0711 127-77 943  
E-Mail: stephan.schorn@sv-bw.de – www.sv-bw.de

Katrin Gumbel, BWIHK  
Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag  
Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart  
Fon 0711 / 22 55 00 60 Fax 0711 / 22 55 00 77  
E-Mail: katrin.gumbel@bw.ihk.de

Reinhard Bock-Müller, BWGV  
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart  
Fon 0711 222 13-27 70 Fax 0711 222 13-29 73 77  
E-Mail: reinhard.bock-mueller@bwgv-info.de – www.bwgv-info.de